



INHALT

Laurenz Meyer:
Deutschland will den
Politikwechsel

Seite 3

Dokumentation:
Europawahl
Landtagswahl in
Thüringen

Innenteil

„Superwahlsonntag“

Doppelsieg für die Union

Die Union ist klarer Sieger des „Superwahlsonntags“ mit der Europawahl, der Landtagswahl in Thüringen und den Kommunalwahlen in sechs Bundesländern.

Bei der Wahl zum Europäischen Parlament konnten CDU und CSU mehr als doppelt so viele Stimmen

gewinnen wie die SPD und wurden wieder mit großem Abstand stärkste politische Kraft in Deutschland. Die SPD erlitt ein Wahldebakel und setzte ihre Serie von Niederlagen fort. Die Sozialdemokraten erreichten mit 21,5 Prozent ihr bundesweit bisher schlechtestes Ergebnis überhaupt. Auch ▶

HEUTE AKTUELL

■ „Superwahlsonntag“ Doppelsieg für die Union (S. 1-2) ■ Europa: Union wieder stärkste Kraft (S. 3) ■ Thüringen: CDU mit Absoluter Mehrheit bestätigt (S. 4) ■ CDU auch in den Kommunen Sieger (S. 5) ■ Laurenz Meyer: Rot-Grün löst keine Probleme – Rot-Grün ist das Problem (S. 6) ■ Keine Aussicht auf Besserung am Arbeitsmarkt (S. 7) ■ Der Sieg lag in der Luft (S. 8) ■ Kampagne Mitgliederwerbung – ein großartiger Erfolg der Basis! (S. 9) ■ CDU trauert um Ronald Reagan (S. 10) ■ Über den Tellerand geschaut: Bertelsmannstudie „Politik gewinnt wieder an Interesse“ (S. 11) ■ Internet im Wahlkampf auf überwältigende Resonanz gestoßen (S. 12) ■ MITmachen lohnt sich (S. 14) ■ Senioren Union: Der inneren Einheit verpflichtet (S. 15) ■ Lасhet/Rüttgers: Chancen in Russland nutzen (S. 16) ■ Aus der Bundestagsfraktion (S. 17-21)

► in Thüringen gab es einen Sieg für die Union. Bei der Wahl zum Landtag in Erfurt behauptete die CDU unter der Führung von Ministerpräsident Dieter Althaus ihre absolute Mehrheit und kann auch die nächsten fünf Jahre alleine regieren.

Angela Merkel sieht im Ergebnis der Europawahl ein klares Signal gegen Rot-Grün in der Bundespolitik. Es sei ein Zeichen dafür, dass die derzeitige Politik von Rot-Grün „nicht die Unterstützung der Menschen in Deutschland findet“, sagte die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Mit Blick auf die Wahlergebnisse werde deutlich, dass der Union mit dem heutigen Tag „noch ein Stück mehr Verantwortung“ zugewachsen sei. Über den Bundesrat würden CDU und CSU dazu beitragen, die Entscheidungen von Rot-Grün „vernünftiger zu machen“, auch wenn dies „nie vollständig gelingen“ könne. Außer-

dem werde die Union die ihr zugewachsene Verantwortung nutzen, um das Vertrauen der Menschen in Politik nicht weiter zu enttäuschen. Sehr wichtig an dem „tollen Ergebnis“ sei zudem, dass die Union zusammen mit der FDP bundesweit auf eine klare absolute Mehrheit komme. Es sei nicht nur ein guter Tag für die CDU und die Union, sondern auch „ein guter Tag für Deutschland und Europa“, sagte Merkel. Zum schlechten Abschneiden der SPD bemerkte sie, die Sozialdemokraten müssten sich mehr um das Vertrauen der Menschen bemühen. Desaströs für die SPD sei, dass die Abgabe des Parteivorsitzes von Kanzler Gerhard Schröder an Franz Müntefering nichts genutzt habe. Das Ergebnis in Thüringen wertete Merkel als beeindruckend und als ganz klaren Regierungsauftrag für Ministerpräsident Dieter Althaus. „Es war schwer, eine absolute Mehrheit gegen drei andere Parteien zu erkämpfen.“

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhölzerstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profflich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Deutschland will den Politikwechsel

Dieser Tag ist ein gigantischer Tag für die CDU und ein Fiasko für die SPD. Die Europawahlen haben das Ergebnis gebracht, das die CDU sich erhofft hat.

Die Union ist und bleibt die Europapartei und hat das Rekordergebnis von vor fünf Jahren gehalten. Gleichzeitig haben die Wähler die SPD in noch nie da gewesener Weise abgestraft. Die Wähler haben dieser Regierung endgültig das Vertrauen entzogen. Die Menschen haben deutlich gemacht, dass sie die Politik von Schröder und Müntefering ablehnen. Sie wollen einen Politikwechsel, der Deutschland nach vorne bringt und wieder Wachstum und Arbeit



Generalsekretär Laurenz Meyer

schaft. Diesen Wechsel gibt es nur mit der CDU; deshalb ist der heutige Tag der erste Schritt hin zum Wechsel 2006.

Schröder und Müntefering haben die SPD in die größte Krise ihrer Geschichte geführt. Von dieser Partei ist nicht mehr zu erwarten, dass

sie die Kraft zu der notwendigen Politik für Reformen in Deutschland findet.

Für die Union ist diese Wahl auch die Bestätigung ihrer konstruktiven Oppositionsrolle im Bund. Wir bleiben dabei: Was Deutschland nützt, unterstützen wir. Was schadet, lehnen wir ab. Zugleich ist das Ergebnis eine Ermutigung für die Union, ihre klaren Alternativen weiter zu verfolgen.

In Thüringen haben die Wähler Dieter Althaus einen klaren Regierungsauftrag gegeben. Das Ergebnis von Thüringen zeigt: Die CDU ist die einzige Partei, die in Ost und West, Nord und Süd Mehrheiten findet.

EUROPA: UNION WIEDER STÄRKSTE KRAFT

CDU und CSU haben die Europawahl in Deutschland mit großem Abstand gewonnen.

Die Schwesterparteien kommen zusammen auf 44,5 % und damit auf mehr Stimmen als alle anderen Bundestagsparteien zusammen. Die CDU/CSU hat damit 49 der 99 deutschen Mandate im Europaparlament erobert. Die SPD sackte dramatisch von 30,7 % auf ein bundesweites Rekordtief von nur noch knapp

21,5 % ab. Die Grünen legten deutlich von 6,4 % auf 11,9 % zu. Die FDP überwand erstmals seit 1989 die 5-Prozent-Hürde und zog wieder in das Europäische Parlament ein. Die PDS erreichte 6,1 %.

Der Spitzenkandidat der CDU für die Europawahl, Hans Gert Pöttering, zeigte sich mit dem Wahlergebnis sehr zufrieden. Das Wahlergebnis sei ein „großartiger Erfolg“ der Unionsparteien. Pöttering

machte den Anspruch der EU-Konservativen für den Posten des EU-Kommissionspräsidenten deutlich. „Wenn die EVP-Fraktion als Wahlsieger aus der Europawahl hervorgehe, „dann erwarten wir, dass der zukünftige Kommissionspräsident entsprechend dem Votum der Wählerinnen und Wähler auch aus unserer Parteienfamilie kommt und das Vertrauen der EVP-Parteien hat“, so Pöttering.

Landtagswahl in Thüringen

CDU mit absoluter Mehrheit bestätigt

Die Thüringer Wählerinnen und Wähler haben der CDU bei der Landtagswahl weitere fünf Jahre die Alleinregierung gesichert und Bundeskanzler Gerhard Schröder zugleich einen kräftigen Denkkzettel verpasst.

Trotz eines Stimmverlustes erreichte die Union mit ihrem Spitzenkandidaten Dieter Althaus nach 1999 wieder die absolute Mehrheit. Die CDU erreichte 43 % der Stimmen und entsendet in den neuen Thüringer Landtag 45 der 88 Abgeordneten. Für die SPD geriet die Abstimmung dagegen zum Debakel: Sie kam auf nur noch 14 %. Das ist das schlechteste Ergebnis in Thüringen und zweitschlechteste Ergebnis, das die Sozialdemokraten jemals bei einer Landtagswahl erzielten:



Dieter Althaus

Lediglich in Sachsen hatte die SPD 1999 mit 10,7 % noch schlechter abgeschnitten. Die PDS erzielte mit 26,1 % ihr bundesweit bestes Landtagsergebnis und etablierte sich als zweitstärkste Partei im Freistaat. Die Grünen (4,5 %) und die FDP (3,6 %) legten zwar zu, scheiterten aber erneut an der Fünf-Prozent-Hürde.

Die CDU habe den klaren Wählerauftrag erhalten, die

Politik im Land weiter zu gestalten, sagte der Thüringer Ministerpräsident Dieter Althaus. Die „klare Niederlage der SPD“ sei ein Zeichen dafür, dass die sozialdemokratische Politik von den Bürgern nicht mehr verstanden werde. „Die CDU ist der eindeutig Wahlsieger“, sagte Althaus, der erst vor gut einem Jahr das Amt des Regierungschefs in Thüringen übernommen hatte. Sein Vorgänger Bernhard Vogel nannte den Ausgang der Landtagswahl „ein beachtliches Ergebnis für Dieter Althaus und die Union“ und ein Debakel für die SPD. Der frühere Regierungschef beklagte, dass die allgemeine Verdrossenheit über die Lage in Deutschland zugenommen habe. Es sei nicht gut, dass die in Thüringen entstandene zweite Volkspartei, die SPD, so abgesunken sei, sagte Vogel.

Durch den Sieg der CDU bleibt das Kräfteverhältnis im Bundesrat unverändert. Mit der CDU-Alleinregierung in Erfurt verfügen die unionsgeführten Länder in der Länderkammer wie bisher über eine absolute Mehrheit von 41 der 69 Stimmen.

DIE WAHLEN IM INTERNET

Nutzen Sie einen Service der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Im CDU-Mitgliedernetz finden Sie unter www.cdunet.de ausführliche Dokumentationen über die Europawahlen und die Landtagswahl in Thüringen. Nutzen Sie auch das Inter-

netangebot der Konrad-Adenauer-Stiftung. Die Stiftung hat unter www.kas.de eigens ein Wahlportal eingerichtet. Dort finden Sie Wahlergebnisse, Trends und Analysen zur Europawahl in Deutschland.

Kommunalwahlen

CDU auch in den Kommunen stärkste Kraft

Die CDU ist auch aus den Kommunalwahlen in sechs Bundesländern als Gewinner hervorgegangen.

■ Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt blieb die CDU trotz leichter Verluste mit 36,3 Prozent stärkste Kraft. Die SPD verlor 8 Prozentpunkte und kam nur noch auf 19,8 Prozent. Damit fiel sie hinter die CDU und PDS zurück. Die PDS wurde mit 22,4 Prozent zweitstärkste Partei. Die FDP verbesserte sich auf acht Prozent, die Grünen legten leicht auf 3,4 Prozent zu.

■ Baden-Württemberg

Auch in Baden-Württemberg deutete sich eine deutliche Niederlage für die SPD an. Stärkste Partei dürfte nach ersten Ergebnissen und Umfragen die CDU geworden sein. Die Grünen legten offenbar deutlich zu. Repräsentative Landesergebnisse liegen aufgrund des komplizierten Wahlverfahrens erst später vor. Wie in Rheinland-Pfalz können die Wähler auch in Baden-Württemberg bei der

Stimmabgabe kumulieren und panaschieren. Die Endergebnisse lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

■ Mecklenburg-Vorpommern

Auch in Mecklenburg-Vorpommern musste die SPD eine schwere Schlappe hinnehmen. Sie kam landesweit auf Kreisebene nur noch auf 19,1 Prozent. Auch hier ist die CDU mit 38,8 Prozent stärkste Kraft. Die PDS erreichte 20,2 Prozent. Die FDP legte auf 6,1 Prozent zu, die Grünen erzielten 3,1 Prozent.

■ Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz erreichte die Union 45,1 Prozent und wurde damit erneut stärkste Partei. Die SPD kam auf landesweit 28,9 Prozent. Das ist das schlechteste Ergebnis für die Sozialdemokraten seit Kriegsende. Die FDP erreichte 5,9 und die Grünen 7,1 Prozent. Dritstärkste Kraft wurden die Freien Wähler mit landesweit 11,4 Prozent.



■ Saarland

Knapp drei Monate vor den Landtagswahlen im Saarland ist die CDU auch hier als Sieger aus den Kommunalwahlen hervorgegangen. Die CDU kam bei den Gemeinderatswahlen landesweit auf 45,7 Prozent. Die SPD erreichte nur noch 37,3 Prozent. Die Grünen landeten bei 4,8 Prozent, die FDP bei 3,9 Prozent.

■ Sachsen

In Sachsen wurde die CDU erneut stärkste Partei. Bei den Kreiswahlen kam sie auf 43,9 Prozent. Die SPD rutschte auf 11,7 Prozent ab. Die PDS behauptete sich mit 19,8 Prozent als zweitstärkste Kraft. Die FDP erreichte 7,5 Prozent, die Grünen 3,4 Prozent. Auch bei den Gemeinderatswahlen lag die Union vor PDS und SPD.

LAURENZ MEYER:

Rot-Grün löst keine Probleme – Rot-Grün ist das Problem.

Auch die jetzt vorliegenden Zahlen zeigen, dass das Starren auf die konjunkturelle Entwicklung in den USA und auf Verbesserungen der Weltkonjunktur keine Lösung für den deutschen Arbeitsmarkt darstellt. Solange sich an den Strukturen in Deutschland und der deutschen Wirtschaftspolitik nichts ändert, zeigen die Zahlen in jedem Monat das Desaster dieser rot-grünen Bundesregierung.

Innerhalb von nur drei Jahren sind eine Million Ar-

beitsplätze verloren gegangen, wie das Statistische Bundesamt belegt. Das heißt: Im Schnitt fallen 1.000 Arbeitsplätze pro Tag weg, und das bedeutet immer weniger Wachstum, weniger Steuereinnahmen und gigantische Ausfälle in den Sozialsystemen.

Wer in einer solchen Situation von einer Ausbildungsplatzabgabe, Streichen des Sparerfreibetrages, der Kilometerpauschale und der Eigenheimzulage spricht, zeigt, dass er den

Ernst der Lage nicht verstanden hat. Die neueste Forderung nach zusätzlicher Besteuerung von Flugbenzin und damit der Verteuerung von Urlaubsreisen beweist: Die Regierung denkt an nichts anderes, als der Bevölkerung noch tiefer in die Tasche zu greifen.

Rot-Grün löst keine Probleme, Rot-Grün ist das Problem. Jeder Tag, den SPD und Grüne an der Regierung bleiben, ist ein verlorener Tag für Deutschland und für die Arbeitslosen in diesem Land.

DRAMATISCHE LAGE AM ARBEITSMARKT

Auch die leichte Frühjahrsbelebung auf dem Arbeitsmarkt hat im Mai nicht die erhoffte Trendwende gebracht.

Zwar sank die Arbeitslosenzahl im Vergleich zum April um 150.200 auf 4,293 Millionen, saisonbereinigt stieg sie jedoch erneut. Die Bundesagentur für Arbeit registrierte im Mai 9.000 Arbeitslose mehr als im Vorjahresmonat. Ohne statistische „Schönheitskorrekturen“ der Regierung ist dies jedoch der höchste Stand in

einem Mai seit der Wiedervereinigung. Seit Jahresbeginn tauchen 80.000 Arbeitslose, die an Trainingsmaßnahmen teilnehmen, nicht mehr in der Statistik auf. Rechnet man sie auch für das Vorjahr aus der Arbeitslosenzahl heraus, so ergibt sich ein bundesweiter Anstieg um 29.300.

Die Arbeitslosenquote sank im Mai von 10,7 auf 10,3 Prozent. Der Osten Deutschlands bleibt in punkto Beschäftigung das Sorgenkind: Bei der Arbeits-

losenquote klappt zwischen Osten und Westen nach wie vor eine Zehn-Prozent-Lücke: Im Westen betrug sie 8,2 Prozent, im Osten 18,3. Damit waren in den neuen Ländern 1,538 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet, im Westen lag die Zahl bei 2,709 Millionen.

Auf dem Lehrstellenmarkt blieb die Lage weiter angespannt. Ende Mai standen laut BA 126.900 unbesetzten Ausbildungsplätzen 312.100 unvermittelte Bewerber gegenüber.

KARL-JOSEF LAUMANN:

Keine Besserung in Sicht!

Monat für Monat kommt dieselbe schlechte Nachricht vom Arbeitsmarkt: Der Arbeitsmarkt ist K.O. und nichts tut sich. Es besteht keine Aussicht auf Besserung. Weit über vier Millionen Menschen bleiben auch in Zukunft unter Rot-Grün ohne Job.

So darf es nicht weitergehen. Wenn allein binnen Jahresfrist 592.841 sozialversicherungspflichtige Jobs vernichtet werden, muss das Ruder endlich herumgeworfen werden.

Ich kann nicht begreifen, dass die Bundesregierung trotz dieser Krise seit einem halben Jahr in Tatenlosig-



keit verharret. Seit dem Vermittlungsergebnis im vergangenen Dezember bewegt sich bei Rot-Grün nichts mehr. Damit wird die Krise mit jedem Tag ein wenig fester zementiert. Der Bundeskanzler flüchtet sich in die Außenpolitik statt innenpolitisch einen klaren

Beschäftigungskurs vorzugeben.

Ich fordere die Bundesregierung daher auf, die Politik des Stillstands endlich zu beenden. Wir brauchen noch vor der Sommerpause Klarheit, welche Reformen für mehr Beschäftigung in diesem Jahr noch geplant sind und wann diese umgesetzt werden. Nur so, kann die von uns allen erhoffte Wende zum Besseren zumindest in Angriff genommen werden.

Karl-Josef Laumann ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

BIS ZU FÜNF MILLIONEN ARBEITSLOSE ZU BEFÜRCHTEN

Für die Volkswirte der Commerzbank, Ralph Solveen und Elisabeth Andreae, bestätigen die aktuellen Daten „einmal mehr“, dass die konjunkturellen Auftriebskräfte noch nicht bis zum Arbeitsmarkt durchgedrungen seien. Die im Verlauf des vergangenen Jahres umgesetzten Hartz-Reformen hätten zudem nur für eine vorübergehende Linderung gesorgt.

Peter Leonhardt von der Deutscher Bank sieht den deutschen Arbeitsmarkt weiterhin in der Lethargie. Allein die günstigen Witterungsverhältnisse und die beginnende Ausflugs- und Reisesaison hätten zu dem – unbereinigten – Vormonatsrückgang geführt. Der Wirtschaftsweisen Peter Bofinger äußerte unterdessen die Befürchtung, dass als Folge

von Hartz IV die Zahl der Arbeitslosen im Laufe des kommenden Winters die Marke von fünf Millionen erreichen könnte. In der BILD-Zeitung begründete Bofinger seine Einschätzung damit, dass nach Einführung des Arbeitslosengeldes II 300.000 bis 400.000 derzeitige Sozialhilfeempfänger neu in der Arbeitslosenstatistik auftauchen würden.

Der Sieg lag in der Luft

Kämpferische Reden, gelungene Show-Einlagen, fetzige Musik – auf der zentralen Wahlkampf-Abschlussveranstaltung der CDU lag die Siegestimmung schon in der Luft.

Etwa 3.000 geladene Gäste waren zwei Tage vor dem Urnengang in die Arena nach Oberhausen gekommen. Das vielfältige Vorprogramm eröffnete die Rock- und Popband „Fire Cats“.

Spektakuläre Luftakrobatik bot danach das Showprogramm „Fliegende Menschen Magic“. An elastischen Seilen schnellten Artisten durch die Höhen der Oberhausener König-Pilsener-Arena. Im Anschluss konnte die ABBA Dance Crew mit einem eigens für die Abschlussveranstaltung komponierten ABBA-Musical begeistern. Nach dem Vorprogramm wurde die Veranstaltung von CDU-Generalsekretär

Laurenz Meyer mit kämpferischen Worten eröffnet. Nach Grußworten des Spitzenkandidaten der CDU Nordrhein-Westfalen für die Eu-



ropawahl, Elmar Brok, und des Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei (EVP), Wilfried Martens, wies Hans-Gert Pöttering in seiner Rede auf die historische Tragweite der europäischen Einigung hin. Zugleich griff der Spitzenkandidat der

CDU für die Europawahl und Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament die spaltende Europapolitik von Rot-Grün scharf an. Auch die Partei- und Fraktionsvorsitzende Angela Merkel unterstrich die große Bedeutung der Europäischen Union für die Zukunft Deutschlands. Es gelte, in der Europawahl die erweiterte Gemeinschaft in den nächsten fünf Jahren „arbeits- und handlungsfähig“ zu machen. In seinem Schlusswort zeigte sich Jürgen Rüttgers, der Vorsitzende des CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, entschlossen, die rot-grüne Landesregierung in Düsseldorf abzulösen.

Kampagne Mitgliederwerbung – ein großartiger Erfolg der Basis!

Stolz sah Detlev Beckmann in das Rund der Oberhausener Arena, während ihm über 3.000 Mitglieder und Gäste der CDU-Abschlussveranstaltung zur Europawahl zujubelten.

Und stolz konnte Detlev Beckmann auch sein. Er ist Kreisgeschäftsführer von Hamburg-Wandsbek. Sein Kreisverband freute sich für den Zeitraum zwischen Juli 2003 und März 2004 über einen Zuwachs von 423 Mitgliedern – dies bedeutete in der Kreisverbandswertung Platz 1 und in der prozentualen Wertung Platz 3. Hier hatte der Kreisverband Gera mit sage und schreibe 44,3 % die Nase vorn. Schließlich gewann bei den Ortsverbänden Nettersheim.

Die Ehrungen mit wertvollen Sachpreisen nahm CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer vor, der auch gleichzeitig Schirmherr der bundesweiten Werbekampagne ist. Er stellte zufrieden fest: „Die bundesweite Mitgliederkampagne der CDU ist ein großartiger Erfolg. Dank des unermüdlischen Einsatzes der vielen Orts- und Kreisverbände konnten zwischen Juli 2003 und März 2004 über 23.000 neue CDU-



Mitglieder aufgenommen werden. Ich danke allen, die daran mitgewirkt haben.“

Die Arbeit zahlt sich aus: Die Mitgliederentwicklung der CDU hat sich stabilisiert. Davon kann die SPD nur träumen! Letztes Jahr gingen ihr über 43.000 Mitglieder von der Fahne, im 1. Quartal 2004 schon wieder mehr als 20.000.

Mitgliederwerbung ist ein ständiger Prozess. Deshalb wird auch die Kampagne fortgesetzt. Zukünftig wird immer zum Ende des Jahres Bilanz gezogen und die erfolgreichsten Kreisverbände mit wertvollen Preisen geehrt.

Daher die Bitte: Machen Sie mit und werben Sie neue Mitglieder. Jedes neue Mitglied bedeutet einen neuen Mitstreiter und neue Ideen.

Mitgliederwerbung lohnt sich!

Die erfolgreichsten Verbände

Folgende Verbände waren zwischen 1. Juli und 31. März 2004 besonders erfolgreich:

Ortsverbände (nach Saldo):

1. OV Nettersheim + 359 Mitglieder
2. OV Alstertal + 212
3. OVHövelhof + 168

Kreisverbände (nach Saldo):

1. KV HH-Wandsbek + 423
2. KV Heinsberg + 363
3. KV Euskirchen + 325

Kreisverbände (prozentuale Steigerung):

1. KV Gera + 44,3 %
2. KV Holzminden + 33,6 %
3. KV Hamburg-Wandsbek + 17,9 %.

CDU trauert um Ronald Reagan

Zum Tode des ehemaligen US-Präsidenten Ronald Reagan erklärt die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Angela Merkel:

Mit Ronald Reagan ist einer der großen amerikanischen Präsidenten des 20. Jahrhunderts von uns gegangen. Die CDU Deutschlands trauert um einen bedeutenden Staatsmann und guten Freund Deutschlands.

Ronald Reagan hat sich durch seinen Einsatz für die Überwindung des Kalten Krieges und damit der Spaltung Europas und der Welt in historischer Weise ver-

dient gemacht. Für ihn gehörten Frieden und Freiheit untrennbar zusammen. Ronald Reagan hat sich nie mit der Teilung Berlins, Deutschlands und Europas abgefunden, sondern er hat weitsichtig die Chancen für die Freiheit erkannt und mit seiner berühmten Rede vor dem Brandenburger Tor den Weg für die freiheitlichen Revolutionen in Mittel- und Osteuropa bereitet. Dafür sind wir ihm immer zu Dank verpflichtet.

Gleichzeitig führte Ronald Reagan die Vereinigten



Angela Merkel trägt sich in der US-Botschaft in das Kondolenzbuch ein.

Staaten von Amerika wieder zu wirtschaftlicher und politischer Stärke und verlieh den Menschen in seinem Land neues Selbstbewusstsein.

Unsere Gedanken gelten seiner Frau, seiner Familie und dem gesamten amerikanischen Volk.

UNION UND FDP FÜR RONALD-REAGAN-PLATZ IN BERLIN

Union und FDP haben dafür plädiert, einen Platz oder eine Straße in Berlin nach dem gestorbenen früheren US-Präsidenten Ronald Reagan zu benennen.

Dazu CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer: „Wir sollten seinen Einsatz für die Wiedervereinigung mit einem nach ihm benannten Platz oder einer Straße in der Nähe des Brandenburger Tors wür-

digen“. Die Generalsekretäre von CSU und FDP, Markus Söder und Cornelia Pieper, äußerten sich ähnlich.

Eine nach dem Präsidenten benannte Straße oder Platz wird nicht zuletzt eine bleibende Erinnerung für alle Deutschen und Berliner an einen der letzten Höhepunkte des Kalten Krieges sein. „Generalsekretär Gorbatschow, wenn Sie Frieden

wollen, wenn Sie Wohlstand für die Sowjetunion und Osteuropa suchen, wenn Sie Liberalisierung wollen: Kommen Sie zu diesem Tor, Mr. Gorbatschow, öffnen Sie dieses Tor! Mr. Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer ein!“ appellierte Reagan 1987 in einer dramatischen Rede vor dem Brandenburger Tor.

Zwei Jahre später fiel die Mauer.

Bertelsmanns-Stiftung

Politik gewinnt wieder an Interesse

Von einer generellen Politikverdrossenheit kann in Deutschland keine Rede sein.

Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung der Bertelsmann Stiftung mit dem Thema „Politische Partizipation in Deutschland“. Die Studie belegt, dass die Bürger heute sogar mehr an Politik interessiert sind als während der gesamten 90er Jahre. Besonders Vertrauen genießt die deutsche Verfassungsordnung und ihre Institutionen, während 77% den Parteien und Politikern mis-

trauisch gegenüberstehen. Auch die Einschätzung, persönlich auf die Politik Einfluss nehmen zu können, hat sich positiv entwickelt. Während dies vor zehn Jahren nur 14 Prozent der Deutschen glaubten, sind es heute 36 Prozent.

Zunehmender Beliebtheit erfreuen sich unkonventionelle Beteiligungsformen wie Unterschriftensammlungen, Kundgebungen oder Bürgerinitiativen.

„Die Ergebnisse unserer Studie entziehen dem Pessimismus und der „Lust am

Schlechtreden“, die Johannes Rau in seiner letzten Berliner Rede als Gefahr für unser Land kritisiert hat, einiges an Grundlagen“, erklärte Professor Dr. Heribert Meffert, Vorsitzender des Präsidiums der Bertelsmann Stiftung, zufrieden.

Immerhin 45 Prozent der Befragten können sich eine Protestwahl vorstellen, 35 Prozent haben dies bereits umgesetzt, um ein gezieltes Signal an die Politik auszusenden. „Es ist an der Politik, diese Signale aufzunehmen“, so Heribert Meffert.

BUCHTIPP

■ **Helmut Schneider:** Marken in der Politik. Wiesbaden: VS Verlag 2004, 314 Seiten, 32,90 Euro.

Ist die Etablierung von Marken für das Wahlverhalten ebenso entscheidend wie für das Kaufverhalten? In seinem Buch geht der Politik- und Betriebswissenschaftler Helmut Schneider der Frage nach dem Markenstatus von Parteien und Politikern nach. Schneider stellt Ergebnisse bisheriger Forschungen vor und vergleicht ökonomische und politische Kommunika-



tionsprozesse. Für Schneider wird auch der politische Markt von Angebot und Nachfrage bestimmt. Als einen Hauptansatz der Markenstärkung untersucht der Autor die Identitätsorientierung. Diesen Ansatz überträgt er auf eine Analyse der beiden großen deutschen Parteien CDU und SPD, sowie deren Führungsperson-

lichkeiten Stoiber und Schröder. Erforscht wird das Potential der beiden (ehemaligen) Kandidaten als „Ideal-Kanzler“ aus Sicht der jeweiligen Partei und der Wählerschaft. Aus den Ergebnissen werden Schlüsse für den (Miss)Erfolg von Marketingstrategien gezogen.

Empfehlung: Auf Grund des interdisziplinären Ansatzes ist Schneiders Buch sowohl für betriebs- und politik-, als auch kommunikationswissenschaftlich interessierte Leser geeignet.

Internet im Wahlkampf auf überwältigende Resonanz gestoßen

Die eigens für den Kommunalwahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern konzipierte Internetplattform www.zur-wahl.de ist auf eine überwältigende Resonanz gestoßen.

Dieses Resümee zog der Landesgeschäftsführer der CDU Mecklenburg Vorpommern, Klaus Dieter Götz. So konnten allein im Zeitraum vom 01. Mai bis 13. Mai 22521 Besucher gezählt werden, die insgesamt 56077 mal auf die Internetplattform zugegriffen.

„Mehr als bisher haben wir als Landesverband auf das Informationsmedium Internet im Wahlkampf gesetzt. Die Zugriffe zeigen, dass viele Mecklenburger und Vorpommern die Mög-

lichkeit nutzten, um sich über die program-matischen Inhalte und über unsere Kandidaten zu informieren. Als zukunftsorientierte Partei wollen wir mit Transparenz den Bürger informieren. So wurden alle Kandidaten für die Kreistage bzw. Vertretungen/Bürgerschaften der kreisfreien Städte veröffentlicht. Dadurch konnte sich jeder Bürger vor Ort über eine bedienerfreundliche Plattform über seinen regionalen Kandidaten informieren“, so Klaus-Dieter Götz.

Die Internetplattform beinhaltete alle Kandidaten, wichtige Termine, das Wahlprogramm, einen aktuellen Pressespiegel und alle Kan-



didaten der CDU für die Kreistage und Vertretungen der kreisfreien Städte. Über einen internen Zugang war es den Mitgliedern möglich, Werbemittel zu bestellen und Gestaltungsvorlagen herunterzuladen.

„Das Internet als effektives, schnelles und kostengünstiges Medium wird auch in kommenden Wahlkämpfen weiter an Bedeutung gewinnen“, ist der Landesgeschäftsführer überzeugt.

INNERE SICHERHEIT

Die Innenminister der unionsgeführten Länder fordern die Schaffung einer Islamistendatei für Bund und Länder. Der niedersächsische Innenminister Uwe Schönemann kündigte eine entsprechende Bundesratsinitiative an. „Niemand kann etwas dagegen haben, wenn wir unsere Erkennt-

nisse zusammenführen, um der großen Bedrohung zu begegnen. Bei Abschiebehindernissen müssen verurteilte Straftäter und geistige Brandstifter wie Metin Kaplan in Sicherungshaft überwacht werden“, sagte Schönemann. Dieser Forderung schloss sich Innenexperte der CDU/CSU-Bun-

destagsfraktion Wolfgang Bosbach an. Die Alternative könne nicht sein, dass solche Personen wie Kaplan „frei herumlaufen, wenn man sie nicht abschieben kann. Es ist naiv zu glauben, die Sicherheitsbehörden könnten einen Mann wie Kaplan rund um die Uhr bewachen“, so Bosbach.

Bei der eigenen Homepage zu beachten

Informationen über den eigenen Ort über das Internet zu veröffentlichen kann teuer werden.

Denn wer einfach einen Ausschnitt des örtlichen Stadtplans einscannt und auf seinen Internetseiten veröffentlicht, um so Mitgliedern, Wählern oder Besuchern die Anreise zu erleichtern oder die Heimat näher zu bringen, muss mit einer kostenpflichtigen Abmahnung (Durchschnitt 1.300,00 Euro) rechnen. Was viele nicht wissen: Auch Stadtpläne und Landkarten sind urheberrechtlich geschützt und dürfen selbst ausschnittsweise nur mit Genehmigung des entsprechenden Verlages veröffentlicht werden.

Wer keine Lizenz besitzt und dabei erwischt wird, dass er einen Kartenausschnitt auf seiner Homepage veröffentlicht, muss zahlen. Dabei ist die Gefahr groß, erwischt zu werden. Es reicht aus, in die Bildersuche der Suchmaschine Google das Stichwort „Stadtplan“ einzugeben, um eine Fülle von Internetseiten mit Stadtplänen zu finden.

Dasselbe gilt auch für die Kombination von Bildern mit Musikstücken im Inter-

net. Auch hier muss vor der Nutzung die kostspielige Genehmigung des Musikverlages eingeholt werden. Es werden immer wieder CDU Verbände, die illegal Kartenausschnitt oder Musik auf ihrer Internetseite veröffentlicht haben, durch so genannte Abmahnungen auf ihren Verstoß hingewiesen und zur Unterlassung und Zahlung von Schadensersatz aufgefordert.

Leider reguliert in einem solchen Fall unsere Haftpflichtversicherung diesen Schaden nicht, denn es handelt sich um einen so genannten „echten“ Vermögensschäden. Dieser liegt dann vor, wenn der Schaden weder mit einem Personen- noch mit einem Sachschaden unmittelbar in Zusammenhang steht. Über unseren Haftpflichtvertrag sind nur die so genannten „unechten“ Vermögensschäden, die auch als Vermögensfolgeschäden bezeichnet werden, versichert. Hierbei handelt es sich um Ersatzansprüche, die als Folge eines Personen- oder Sachschadens entstehen (zum Beispiel, die einem Verletzten entstehenden finanziellen Einbußen beziehungsweise Aufwendungen



infolge seiner Verletzung – etwa Verdienstaussfall).

Wer auf einen Kartenausschnitt auf seiner Homepage nicht verzichten will, kann sich bei den jeweiligen Verlagen um eine Lizenz bemühen. Doch das ist nicht ganz billig. Im Schnitt werden dafür 900 Euro verlangt. Deutlich günstiger kommt weg, wer die Dienste der www.euro-cities-ag.de in Anspruch nimmt. Dort sind zurzeit die Stadtpläne von rund 600 Orten gelistet und können ausschnittsweise und völlig legal als Link in die eigene Homepage eingebunden werden. Eine jährliche Nutzung kostet für gewerbliche Betreiber je nach gewählter Variante zwischen 58 und 166 Euro. Für Privatleute ist der Dienst sogar kostenlos.

MITGLIEDER-WERBEKAMPAGNE

MITmachen lohnt sich

Mit einer Mitgliederoffensive startete die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) der CDU/CSU in das Jahr 2004.

Die MIT, bereits im April 1956 aus der CDU/CSU-Fraktion im damaligen Bundestag heraus gegründet, zählt mit ihren rund 40.000 Mitgliedern bereits heute zu den großen Vereinigungen in den Unionsparteien und stellt im Bundestag sogar mehr Abgeordnete als die Fraktionen der FDP und von Bündnis 90/ Die Grünen zusammen. Dem



Peter Rauhen

Erbe Ludwig Erhards verpflichtet, gilt die Subsidiarität staatlichen Handelns, die Förderung der Eigenverantwortung von Bürgern und Staat und die Sicherung des Leistungswettbewerbs als oberste Maxime der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung. Aufgrund der Oppositionsarbeit in Berlin sind die derzeitigen Gestaltungsmöglichkeiten auf Bundesebene zwar vergleichsweise gering, oft kann der Parlamentskreis Mittelstand aber zumindest noch Schlimmeres für die Wirtschaft verhindern. Durch die Parlamentarische Verankerung in vielen Bundesländern und Kommunen können die Mitglieder aktive Politik betreiben, damit es trotz Rot-Grün für den Mittelstand wieder bergauf geht. „Weitere Ziele der Mitglieder-

kampagne sind eine stärkere öffentliche Wahrnehmung, um Leistungsträger aus dem Mittelstand für die Arbeit der MIT zu begeistern und zur Regierungsübernahme auch die größte Partei-Vereinigung in Deutschland zu werden, als Rückgrat nicht nur der Wirtschaft, sondern auch der Unionsparteien,“ brachte der Vorsitzende der MIT, der Bundestagsabgeordnete Peter Rauhen, die Kampagne auf den Punkt.

Kampagne

Attraktive Prämien winken den fleißigsten Werbern von Neumitgliedern, Hauptpreis ist sogar eine Reise nach Brüssel. Mit pfiffigen Argumenten á la „Wir sind Reformmotor statt Weichspüler“ oder „Wir sind Durchsetzer statt Redenschwinger“ ist das Konzept durchaus erfolgversprechend. Die Neuorientierung der Bundesgeschäftsstelle in Berlin als „Service-Station“ rundet die Kampagne ab.

Weitere Informationen:
→ www.mittelstand-deutschland.de

SERVICEPUNKT

■ Einen neuen Service bietet Ihnen die CDU mit einer Bilderdatenbank im Internet.

Unter <http://www.bilder.cdu.de> finden Sie Fotos führender Unionspolitiker, die Logos der Vereinigungen, aktuelle Plakate sowie interessante Grafiken und Statistiken zum Download. Die Bilderdatenbank wird regelmäßig aktualisiert und verfügt über eine Suchfunktion für ein schnelles Navigieren. Alle angebotenen Bilder sind frei verwendbar.

Der inneren Einheit verpflichtet

Während der Bundeskanzler das Zusammenwachsen Deutschlands statt zur Chefsache eher zur Nebensache erklärt, lässt die Senioren-Union Taten sprechen.

Nach dem Motto „Gemeinsam geht es besser“ wurde gleich nach der Wiedervereinigung die erste Kreisverbändepartnerschaft ins Leben gerufen. Was 1990 mit einer ersten Partnerschaft zwischen Cottbus und Hagen begann, hat sich schnell zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt. Mittlerweile gibt es 100 Partnerschaften zwischen Verbänden aus den Alten und Neuen Bundesländern. Aus dem gemeinsamen Interesse, die innere Einheit Deutschlands voranzutreiben, sind vielerorts Freundschaften über die Parteiarbeit hinaus entstanden.

Sich dem Versprechen aus der Magdeburger Erklärung vom September 1992 „Wir haben die deutsche Einheit angenommen und müssen sie verfestigen und vertiefen“ verpflichtet, hat die Senioren Union in den vergangenen Jahren verbändeübergreifend zahlreiche Aktionen durchgeführt und gemeinsam Wahlkampf



Wahlkampf 2000 in Lippstadt: Senioren aus NRW und Brandenburg gemeinsam für die CDU

betrieben. Welchen Stellenwert das Engagement in der Partei genießt, zeigt die Teilnahme des Brandenburger CDU-Landesvorsitzenden Jörg Schönbohm bei Wahlkampfaktionen im Jahr 2000 in Senftenberg.

Doch mit dem Erreichten gibt sich Oskar Pahnke, Ehrenmitglied des Bundesvorstandes der Senioren-Union und zuständig für den Arbeitskreis Partnerschaften, nicht zufrieden. Sein ehrgeiziges Ziel: Das Zusammenwirken der Partnerschaften weiterhin auszubauen, um gemeinsam mit der CDU das Wahljahr 2004 erfolgreich zu bestreiten. „Wenn wir etwas bewegen wollen, müssen wir alle aktiv werden“, so seine Botschaft. „Für das Jahr 2004 wurde im Arbeitskreis Partnerschaften beschlossen, gegenseitig Wahlhilfe zu leisten und verstärkt Mitglieder zu werben“, berichtet Oskar

Pahnke. Um dieses Ziel zu erreichen, trafen sich die Arbeitskreise aus Brandenburg und Nordrhein-Westfalen Ende Mai in Weimar, um die Aktivitäten zu koordinieren. Immerhin stehen in diesem Jahr zahlreiche Wahlen an und die gegenseitige politische Unterstützung in der Senioren-Union hat Tradition.

Das wichtige Engagement in der Frage des Zusammenwachsens von Ost und West schätzt auch Angela Merkel, Partei- und Fraktionsvorsitzende der CDU Deutschlands: „Das von der Senioren-Union initiierte Projekt „Partnerschaften“ leistet vorbildliche Arbeit und findet meine volle Unterstützung. Denn durch das Versagen des Bundeskanzlers bei seiner angeblichen Chefsache Aufbau Ost sind wir in der CDU mehr denn je gefordert, eigene Initiativen zu entwickeln.“

Chancen in Russland nutzen

Der Vorsitzende der CDU NRW, Jürgen Rüttgers MdL, und der Vorsitzende des Bundesfachausschusses für Internationale Zusammenarbeit der CDU, Armin Laschet MdEP, haben nach Gesprächen in Moskau ein stärkeres Engagement Nordrhein-Westfalens in Russland gefordert.

Viele Arbeitsplätze in NRW hängen heute schon von dem großen Markt in Russland ab. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern verpasst NRW aber viele Chancen. Zu den Gesprächspartnern der Delegation des stellvertretenden CDU-Bun-



Jürgen Rüttgers, Michail Gorbatschow, Armin Laschet

desvorsitzenden gehörten Vertreter der russischen Regierung, der deutschen Wirtschaft, der russisch-orthodoxen Kirche, sowie der Wissenschaft. In Vorträgen vor Wirtschaftsvertretern und Studierenden sprach Rüttgers über die Entwicklung der EU und über Perspektiven der Sozia-

len Marktwirtschaft für das 21. Jahrhundert. Bei einem Gespräch mit Michail Gorbatschow würdigte Rüttgers noch einmal den wichtigen Beitrag des früheren Präsidenten der Sowjetunion für den Wandel in Europa und für das Ende der Teilung des Kontinentes.

EAK-BUNDESTAGUNG „EVANGELISCHE VERANTWORTUNG“

Unter diesem Titel findet die 41. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) am 25.-26. Juni in der Niedersachsenhalle des Congress Centers in Hannover statt. Die Bundestagung wird ganz im Zeichen des Gedenkens an den 100. Geburtstag und den 50. Todestag von Hermann Ehlers, den Begründer und ersten Bundesvorsitzenden des EAK, stehen. „Als Christ und Politiker steht der Name Hermann Ehlers für das glaubwürdige Zeugnis evangelischer Ver-

antwortung in unserem Land“, würdigt Thomas Rachel, Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises, das Schaffen des EAK-Gründers.

Ein Höhepunkt der Tagung wird die Verleihung der Herman-Ehlers-Medaille an Wolfgang Schäuble am zweiten Veranstaltungstag sein, der die Festrede zu Hermann Ehlers halten wird. Als weitere Gäste kann Thomas Rachel die Partei- und Fraktionsvorsitzende der CDU, Angela Merkel, und den niedersächsischen Mi-

nisterpräsidenten, Christian Wulff, begrüßen.

Thematischer Schwerpunkt der Bundestagung wird die geplante Verabschiedung zweier Resolutionen sein, die in den Arbeitsforen „Menschenrechte – Anspruch und Herausforderung“ und „Evangelische Identität in einer pluralen Gesellschaft“ erarbeitet werden. Abgerundet wird das Programm durch einen gemeinsamen Gottesdienst und ein umfangreiches Kulturprogramm in Hannover.

Dritte Welt-Tourismus mehr politische Aufmerksamkeit schenken

Die Unterstützung des Tourismus im Rahmen der Entwicklungspolitik erschöpft sich seitens der Bundesregierung bestenfalls in schönen Worten.

Die Globalisierung bringt es mit sich, dass immer mehr Urlauber in Entwick-

lungsländer reisen. Dem Tourismus kommt demnach aus unserer Sicht eine wichtige Rolle für die Entwicklungspolitik zu. Wir vertreten die grundsätzliche Überzeugung, dass Tourismus auch in Dritt-Welt-Ländern überwiegend positive Wirkungen hat, indem er Einkommenschancen eröffnet, Armut lindert, den Ausbau der Infrastruktur fördert und die regionale Wirtschaft insgesamt stärkt.



Jürgen Klimke

Diese Annahme war Anlass für eine Große Anfrage

„Urwaldschutz durch nachhaltige Holz- und Forstwirtschaft“

Der Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Bereiche Naturschutz, Forsten, Biomasse und Tropenwald, Cajus Julius Caesar, hat in einem Antrag vor den verheerenden globalen Folgen von Brandrodung und illegalem Holzeinschlag in den Urwald-Ländern der Erde gewarnt.

In einem 6-Punkte-Programm fordern Caesar und die Union die Bundesregierung auf, Maßnahmen zum Schutz der Urwälder durch nachhaltige Holz- und Forstwirtschaft zu ergreifen, weil sie als komplexe Ökosysteme das weltweite Klima und den Wasserhaushalt beeinflussen sowie wesentliche Kohlenstoffspeicher sind. Nach den Worten Caesars

gehen jährlich Urwaldflächen von der Gesamtgröße Bayerns, Baden-Württembergs und Niedersachsens durch Brandrodung und illegalen Holzeinschlag verloren. Wissenschaftliche Studien zeichnen ein düsteres Zukunftsbild vom vollständigen Verschwinden tropischer Feuchtwälder in den nächsten 50 bis 100 Jahren ohne eine deutliche Trendwende, wie sie jetzt von Caesar und der Union gefordert wird. „Die Urwälder sind Teil des Welterbes, für das die gesamte Menschheit Verantwortung trägt. Deswegen sind die Europäische Union und Deutschland gefordert, ihren Beitrag zum Erhalt der Urwälder und zur Unterbindung des illegalen Holzein-

schlags zu leisten“, so Caesar. Hierzu gehöre das deutsche und europäische Engagement im Rahmen internationaler Konventionen und Übereinkommen aber auch die Bereitschaft aller am Holzweltmarkt teilnehmenden Länder, per Gesetz illegale Praktiken zu unterbinden.

Das 6-Punkte-Programm zum Schutz der Tropenwälder sieht unter anderem ein Import-, Handels- und Verarbeitungsverbot von Tropenhölzern ohne Genehmigung vor. Genehmigungen sollen grundsätzlich nur erteilt werden, wenn die Produkt- und Handelskette lückenlos nachgewiesen ist. Bei Verstößen sollen entsprechende Sanktionsmaßnahmen greifen.

der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die offen legen sollte, wie die Bundesregierung zum Tourismus in der Dritten Welt steht und was sie zu seiner Förderung unternimmt.

Die Haltung von Rot-Grün kommt bei der Beantwortung der Anfrage deutlich zum Ausdruck, wenn betont wird: Man solle nicht allzu große Hoffnungen in den Tourismus als Entwicklungsmotor setzen. Wo die Bundesregierung Vorzüge des Tourismus in Entwicklungsländern gelten lässt, straft ihre konkrete Entwicklungspolitik sie Lügen: Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unterstützt im Rahmen der Entwicklungshilfe keine Pro-

gramme, die ausschließlich im Tourismusbereich angesiedelt sind. Offenbar wird die Förderung des Tourismus seitens der Koalition nicht als wichtiges Ziel der Entwicklungszusammenarbeit angesehen, es entsteht der Eindruck, dass man sich dafür nicht zuständig fühlt.

Das bestätigt sich beim Blick auf die Probleme des Tourismus in Entwicklungsländern, wie gesundheitliche Risiken: Die Gesundheitsvorsorge überlässt die Bundesregierung dem Robert-Koch-Institut (RKI) sowie dem Bernhard-Nocht-Institut (BNI), die immer neue Aufgaben übernehmen und sehr gute Arbeit leisten. Die Mittel werden den erweiterten Aufgabefeldern jedoch nicht angepasst: So wünscht sich die Bundesregierung vom RKI anwendungsorientierte Forschung sowie die Entwicklung von Standards in der Gesundheitsvorsorge für Reisende – hält aber gleichzeitig fest, dass dafür im Institut keine Mittel zur Verfügung stehen. Was nützt es, den Handlungsbedarf zu erkennen, wenn man letztlich nichts tut?

Tourismus in Entwicklungsländern bietet große Chancen. Gefordert sind keine Lippenbekenntnisse, sondern eine aktive Politik,

die den Staaten der Dritten Welt dabei hilft, durch Tourismus in der Entwicklung voranzukommen. Von diesem Ansatz ist die Bundesregierung noch weit entfernt.

Jürgen Klimke ist zuständiger Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Tourismus.

„Regierung spart wieder an Behinderten

Erklärung zur den von den Bundesregierung geplanten Streichungen der unentgeltlichen Beförderung Behinderter im öffentlichen Verkehr:

Ein großer Schritt rückwärts für die Teilhabe Behinderter sind die gravierenden Einschnitte, die die Bundesregierung bei bisher kostenfreien Bus- und Bahnfahrten für Behinderte plant. Die Einschränkung der Mobilität behinderter Menschen steht in diametralem Gegensatz zu den Zielen des Gleichstellungsgesetzes.

Ohnehin schwer mobilitätseingeschränkten Menschen wird durch die Abschaffung der kostenfreien Bus- und Bahnfahrten außerhalb ihrer Heimatregion die Möglichkeit genommen, sich

SERVICEPUNKT

Das Wichtigste auf den Punkt gebracht. Ein Service der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

- Argumente zum Kompromiss über das Zuwanderungsgesetz
 - Information zur Ausbildungsplatzabgabe der SPD
 - Haushalt 2004 und Ausblick 2005 – Fakten zu den Schwachpunkten des Haushalts
- Neu auf www.cduscu.de



Hubert Hüppe

fortzubewegen. Die Bundesregierung will ihnen damit eine für Nichtbehinderte selbstverständliche Mobilität beschneiden.

Behinderte und chronisch kranke Menschen sind ohnehin finanziell stark belastet. Deshalb sind zusätzlich Einschnitte für diese Personengruppe nicht mehr zumutbar. Es ist zu befürchten, dass finanziell benachteiligte Behinderte kaum mehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln reisen, da sie die Kosten schlichtweg nicht mehr aufbringen können. Kostenfreie Bahnfahrten kann sowieso nur ein besonders betroffener Personenkreis, die Schwerbehinderten, die in ihrer Bewegungsfähigkeit erheblich beeinträchtigt sind, oder als hilflos, gehörlos oder blind anerkannt sind, in Anspruch nehmen. Das heißt, es ist generell fraglich, ob die Folgen der Einsparungen in ei-

nem vernünftigen Verhältnis zum Einsparpotenzial stehen.

Wer gleich nach dem Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen Behinderten ihre Mobilität und damit die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben beschneidet, der straft seine Bekenntnisse zu Teilhabe, Gleichstellung und Selbstbestimmung Lügen.

Hubert Hüppe ist der Beauftragte für die Belange der Menschen mit Behinderungen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Rot-grünes Elite-Uni-Trugbild kann nicht täuschen!

Stellungnahme zur angeblichen Einigung zwischen Bund und Ländern über 1,9 Mrd. € Förderung für Elite-Universitäten:

Von einem Milliarden-Programm für deutsche Elite-Hochschulen war die Rede, schon zu Anfang des Jahres. Jetzt gibt es angeblich eine Einigung mit den Ländern über eine zusätzliche Unterstützung für 10 „wissenschaftliche Leuchttürme“ unter den 250 Hochschulen in Deutschland. 1,9 Mrd. € für fünf Jahre, das bedeutet 380 Mio. € jährlich. Das heißt pro „Elite-Uni“ 38 Mio.



Dietrich Austermann

€. Davon soll der Bund 75 Prozent finanzieren, also 28,5 Mio. €. Das ist ein stattlicher Betrag. Aber hat nicht gerade Gesine Schwan im Zuge Ihrer Kandidatur 50 Mio. € für die „Viadrina“ zugesagt bekommen? Etwa für einen besonders großen Leuchtturm?

Es bleiben Fragen. Was wird mit den anderen Universitäten? Was passiert im Jahr 2005 mit dem Forschungsetat des Bundes? Frau Bulmahn hat sich angeblich mit den Ländern geeinigt, aber wohl noch nicht mit Hans Eichel. Der Forschungshaushalt liegt in diesem Jahr um 155 Mio. € unter dem Vorjahr. Bundeskanzler Schröder hat für 2005 eine Steigerung und mehr Geld für die Forschungsgesellschaften, die Hochschulen und Projekt-mittel versprochen. Der Bundesfinanzminister will jedoch bisher eine Kürzung

von weiteren 200 Mio. € durchsetzen. Wenn es dabei bleibt, kommt der Forschungsetat 2005 auf einen Betrag, der rund 350 Mio. € unter dem Niveau von 2003 liegt. Den „normalen“ Universitäten müsste also Geld weggenommen werden, um die Spitzen-Unis fördern zu können. Sollen Elite-Unis gefördert werden, damit wir auf der anderen Seite Schrott-Unis bekommen? Das ist von dem Versprechen, die „Investitionen in Forschung zu verdoppeln“ übrig geblieben.

Das zusätzliche Milliarden-Programm ist eine einzige Täuschung!

Dietrich Austermann ist der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Studienbeiträge können Studienqualität steigern

Erklärung zur Forderung der Hochschulrektorenkonferenz, Studienbeiträge einzuführen:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die Forderung der Hochschulrektorenkonferenz zur Einführung von Studienbeiträgen. Bereits bei der Verabschiedung der 6. HRG-Novelle hatte die Unionsfrakti-



Katherina Reiche

on gegen das bundesgesetzliche Studiengebührenverbot gestimmt. Auch der Bundesrat hatte sich dagegen ausgesprochen und wurde im weiteren Gesetzgebungsverfahren von Rot-Grün überstimmt.

Das Hochschulrecht gehört zum Kernbereich der Länderzuständigkeit. Die Länder tragen den ganz überwiegenden Teil der Finanzierung der Hochschulen. Also ist es ihre Aufgabe und ihr Recht, die Frage der Finanzierung der Hochschulen zu regeln.

Bildungsministerin Bulmahn verfolgt eine zentralistische Hochschulpolitik, anstatt Wettbewerb und Leistungsorientierung in der deutschen Hochschullandschaft zu fördern. Die Bundesregierung zeigt sich bislang reformunwillig. Nichts wurde in den vergangenen Jahren unternommen, um die Hochschulen

international leistungsfähiger zu machen.

Bei den beiden Kernproblemen „finanzielle Ausstattung der Universitäten“ und „Strukture Reformen“ hat Rot-Grün versagt. Anstatt auf Autonomie der Universitäten, auf Deregulierung und Flexibilisierung zu setzen, hält staatlicher Dirigismus die deutsche Hochschullandschaft im eisernen Griff. Damit besteht die Gefahr, dass Deutschland den Anschluss verpasst. Schon heute fehlen den deutschen Hochschulen zwischen 3 und 4 Milliarden Euro, davon etwa eine Milliarde für die Lehre. Die von der Ministerin verhängte Denkblockade bei der Finanzierung der Hochschulbildung ist völlig wirklichkeitsfremd. Studienbeiträge können die Studienqualität steigern.

Das gesamtgesellschaftliche Interesse an vielen gut ausgebildeten Akademikern und ein Beitrag der Studierenden an ihrem Erststudium müssen zu einem vernünftigen Ausgleich gebracht werden.

Katherina Reiche ist die bildungs- und forschungspolitische Fraktionssprecherin.

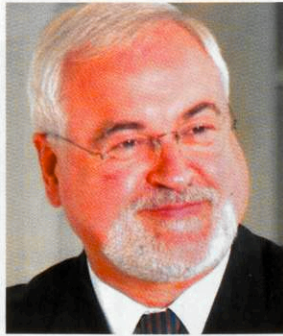
→ www.cducusu.de



Misstrauen gegen Landwirte hat traurigen Höhepunkt erreicht

Erklärung anlässlich des Projektes „unangekündigte Feldbeobachtung des Umweltbundesamtes“:

Trotz massiver Kritik arbeitet das Umweltbundesamt weiter an den Vorbereitungen zu seinem umstrittenen Projekt der „unangekündigten Feldbeobachtung“. Geplant ist, durch eigene angeheuerte verdeckte Ermittler Landwirte bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln zu überwachen. Die Kosten des Vorhabens belaufen sich bislang auf rund 300.000 Euro. Hier wird das Geld des Steuerzahlers zum Fenster hinaus geschmissen. Denn schließlich wird die Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln bereits von den entsprechenden Behörden der Länder kontrolliert. Und dies sehr erfolgreich, wie das Beispiel Niedersachsen zeigt. Immer abenteuerlicher stellt sich mittlerweile auch die Art und Weise der geplanten Beobachtung dar. Da soll der Beobachter die Landwirte verdeckt bei der Arbeit überwachen, sich dann zu erkennen geben und dem ver-



Peter Harry Carstensen

dutzten Bauern ein Merkblatt zur Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in die Hand drücken. Darüber hinaus soll er dann noch ein klärendes Gespräch mit dem Betroffenen führen. Gestartet wird dieses Projekt planmäßig im kommenden Herbst. Alles in allem kommt hier eine Haltung gegenüber der Arbeit unserer Bauern zum Ausdruck, wie wir sie seit der sog. Agrarwende kennen. Dies ist der Ausdruck eines Misstrauens, das nun seinen traurigen Höhepunkt erreicht hat. Dieses Misstrauen kommt im Übrigen auch im Pflanzenschutzgesetz zum Ausdruck. Um dies zu ändern, hat CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Antrag eingebracht. Darin fordern wir Bundesregierung auf, die einschlägigen Regelungen des Pflanzenschutzgesetzes zu ändern. Dieses Gesetz gewährt bislang den



Gitta Connemann

für die Kontrolle der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln zuständigen Behörden weit reichende Zugriffsrechte. Das geht sogar bis zur Einschränkung des Grundrechtes auf Unverletzbarkeit der Wohnung. Solche Regelungen schießen deutlich über das Ziel hinaus. Schließlich müssen die deutschen Landwirte bei der Ausbringung der Pflanzenschutzmittel ohnehin strengste Auflagen erfüllen. Ein solches gesetzgeberisches Misstrauen ist demnach völlig unbegründet. Im Gegenteil: Umweltschutz und Landwirtschaft brauchen beide ein vertrauensvolles Miteinander.

Peter Harry Carstensen ist Vorsitzender der Fraktionsarbeitsgruppe Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft und **Gitta Connemann** ist die zuständige Berichterstatterin.



Bierdeckel

Bestell-Nummer: **9292**

Preis je 600 Stück: **15,90 €**

inkl. MwSt.: 18,44 €

Einkaufswagen-Chip

Bestell-Nummer: **9070**

Preis je 100 Stück: **29,00 €**

inkl. MwSt.: 33,64 €



Papierfächchen

„CDU und Deutschland/Europa“

Papierfächchen mit zwei verschiedenen Seiten

Bestell-Nummer: **9426**

Preis je 1.000 Stück: **59,00 €**

inkl. MwSt.: 68,44 €



Sommerplakat

„Vergessen Sie mal Rot-Grün, Schönen Sommer!“

DIN A1

Bestell-Nummer: **7667**

Preis je 50 Stück: **21,00 €**

inkl. MwSt.: 24,36 €

DIN A0

Bestell-Nummer: **7668**

Preis je 50 Stück: **39,00 €**

inkl. MwSt.: 45,24 €

Kleiner Ball – in 2 versch. Farben

20 Bälle im Netz inkl. einer Ballpumpe.

Bestell-Nummer: **9823**

Preis je 20 Stück: ~~106,00 €~~ **25,88 €**

inkl. MwSt.: ~~122,99 €~~ **29,99 €**



BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
 Bertelsmann-Versandzentrum
 Postfach 1162, 33759 Versmold
 Telefax 0 52 41-8 04 18 92
 e-mail:
 cdu-shop@bertelsmann.de

Die neuen Wandzeitungen

Besser etwas Rot-Grünes im Freibad als an der Regierung.



Vergessen Sie mal Rot-Grün.
Schönen Sommer!



Besser für die Menschen.



Das sind die aktuellen Wandzeitungen der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Alle Jahresabonnenten erhalten beide Wandzeitungsmotive.